

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühr. Zur Post bezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. November 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 30 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 134

Bekanntmachung

Die Beschlüsse des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker vom 24. Oktober d. J. — veröffentlicht in den Organen der Tarifgemeinschaft am 1. November d. J. — betreffend:

1. eine Erhöhung der den Gehilfen bisher gewährten wöchentlichen Teuerungszulage (Auszahlung derselben in voller Höhe erfolgt erstmalig an dem Jahrestag in der Woche vom 26. November bis 1. Dezember);
2. eine Erhöhung der für Überarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit in den §§ 6, 7 und 53 des Tarifs festgesetzten besonderen Entschädigungen;
(Eine Anleitung über richtige Anwendung der Beschlüsse unter Ziffer 1 und 2 ist durch das Tarifamt zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar zu beziehen.)
3. einen Aufschlag auf die tarifmäßigen Preise für Satz, Druck, Aufmachungs- und Nebenarbeiten, und zwar im Befrage von
 - a) 80 Proz. für Werke und schon bestehende Zeitschriften und Zeitungen,
 - b) 90 Proz. für neue Zeitschriften und Zeitungen,
 - c) 100 Proz. für Kataloge, Preislisten usw.,
 - d) 120 Proz. für Akzidenzen,
 - e) 140 Proz. für Qualitätsarbeiten,
 - f) 250 Proz. bei Stereotypplatten und Galvanos

treten ab

26. November d. J.

für Prinzipale und Gehilfen in Kraft. Die Mitglieder der Tarifgemeinschaft sind zur Durchführung und Innehaltung dieser Beschlüsse verpflichtet.
Berlin, 9. November 1917.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Willein
Prinzipalvorsitzender.

Albert Faber
Stellvertreter des Gehilfenvorsitzenden.

Paul Schliebs
Geschäftsführer.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Tarifausschusses betreffend Erhöhung der Teuerungszulagen und der Druckpreise.
Kritik: Gute Druckpreise — hohe Löhne.
Gewerkschaftsrevue: Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg — Eine Tagung deutscher Arbeitgeberverbände in Nürnberg. — Der christlich-nationale Arbeiterkongress in Berlin.
Korrespondenzen: Kiffen. — Quelinburg.
Kundschau: Anwendung der Beschlüsse des Tarifausschusses vom 24. Oktober 1917. — Nachahmungsmerkmale. — Ein Lebensmittelschwindler. — Adolf Wagner und die Kriegserheimlichkeiten. — Amt zur Bekämpfung des Schleichhandels.

Gute Druckpreise — hohe Löhne

Es tut noi, und in der jetzigen schweren Zeit ist es doppelt angebracht, immer und immer wieder auf den Segen unserer Organisation und die daraus hervorgegangene Tarifgemeinschaft hinzuweisen. Prinzipale sowohl wie Gehilfen haben die oberste Pflicht, unseren Beruf hochzuhalten; unsern Beruf, der nicht nur der Zeit entsprechenden Gehalt zu erfordern, sondern auch in sprachlicher und grammatikalischer Beziehung eine wirkliche Bildung erfordert. Er muß danach auch materiell bewertet werden.

Jeder, der Drucksachen braucht, muß von dem Wert untrer Preisbildung überzeugt werden; ja, er müßte es überhaupt sein, wenn es nicht eine Zeit gegeben hätte, wo der Schmutzkonkurrenz der breiteste Spielraum gelassen wurde und die Gewerbeangehörigen durch Talentlosigkeit allsehr unter den Schillten kamen.

Es kann einen Berufsangehörigen im Innersten aufregen, wenn die Preisbildungen für merkanthle Arbeiten so minderwertig sind, daß eine Rückwirkung auf die praktische Arbeitenden als selbstverständlich erscheinen muß. Die Prinzipale als Preisbildner haben die Pflicht, stets eingedenk zu sein ihrer Verantwortung dem Beruf und seinen Angehörigen gegenüber, und eingedenk zu sein, daß es nichts Erniedrigenderes gibt für einen Gewerbetreibenden als die Maxime, die Preise herabzubringen.

Wenn jemand Preisdrücker ist, so kommt er schließlich selbst nicht auf seine Kosten, und die Sorgen, die daraus resultieren, sowie abendrein die irrige Annahme vieler Laien und auch der Behörden (hier begegnet man geradezu

hinterwäldlerischen Anschauungen, zu denen freilich das Verhalten der billigen Drucker am meisten beiträgt, Red.), daß die Buchdrucker unter die Bestdienenden gehören, können einem fast den Verstand rauben angesichts der Minderbewertung unsrer Arbeit. Unser Beruf muß als ein die Wissenschaft, die Kunst, die Bildung, das gewerbliche Leben, den Verkehr fördernder Beruf mit Stolz hochgehalten werden. Das sind wir der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft unsres Gewerbes schuldig!

Es sind Äußerungen von wissenden Laien zu vernehmen gewesen, daß alle Gewerbe sich ihre Arbeiten besser bezahlen lassen als die Buchdrucker. Ist das nicht beschämend? 50 Proz. jezt mehr Zuschlag auf alle Druckarbeiten werden den verständigen Zeitgenossen durchaus nicht auf die Nerven fallen. Da es aber unter jeder Herde rändige Schafe gibt, so müssen dieselben eben rücksichtlich der Macht der Verhältnisse und der starken Organisation mit ganzer Energie niederkämpft werden. Es kann und muß das sein, denn die Arbeiter des Buchdruckgewerbes haben viel zu lange unter den Folgen der Druckbilligkeit zu leiden gehabt. Gute Druckpreise und hohe Löhne — das ist der richtige Weg für eine bessere Zukunft!

Dresden.

A. K.

Gewerkschaftsrevue

Nach den Maßnahmen zu urteilen, die für die kommende Friedenszeit auf allen Gebieten getroffen werden, scheint sich das Ende des Krieges doch stark dem von allen Völkern herbeigesehnten Ende zuzuneigen. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß über die Zukunft der europäischen Menschheit nicht durch brutale Gewalt entschieden werden kann, sondern durch weise Verständigung von Volk zu Volk. Dementsprechend begegnen heute beim überwindenden Teile der Bevölkerung Nachrichten über Friedenskundgebungen und Friedensausflüchten nachhaltigerem Interesse als Siegesmeldungen über militärische Erfolge. Je annähernd die Kriegsverlängerer in den einzelnen Ländern auftreten, um so nachdrücklicher demonstrieren die Friedensfreunde. Durch politische Re-

formen an Haupt und Gliedern sucht man die bestehenden Verhältnisse in Regierung und Staat neu- und umzugestalten, um dem Frieden den Weg zu ebnet. Im Wirtschaftslieben bereiten sich wichtige Dinge vor für die Übergangswirtschaft, und eine bedeutungsvolle Tagung jagt jezt die andre.

Drei solcher Tagungen aus jüngster Zeit sollen heute an dieser Stelle vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Dem Termin nach und seiner allgemeinen Bedeutung entsprechend sei dem Würzburger Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die erste Stelle eingeräumt. Unbeschadet der politischen Bestimmung der einzelnen Mitglieder ist jede Gewerkschaft verpflichtet, den sozialpolitischen Bestrebungen des nützigen Verständnisses entgegenzubringen. Die Arbeiter sind es ja, die die letzten Konsequenzen aller auf die Umgestaltung unsres politischen- und wirtschaftlichen Lebens gerichteten Bestrebungen zu fragen haben, sei es in gutem oder bösem Sinne. Die politische Neutralität der Gewerkschaften darf nicht so aufgefaßt werden, als ob die Vorgänge auf politischem Gebiete, namentlich die Durchführung gesetzgeberischer Maßnahmen, die Mitglieder kalt lassen könnten. Im Gegenteil! Die im Werden begriffene neue Zeit mit ihren mannigfachen Problemen, die in enger Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaftsleben stehen, fordert geradezu gebieterisch dazu auf, sich um die Politik mehr als bisher zu bekümmern. Davor schrecken — wie wir noch zeigen werden — auch andre Gewerkschaftsrichtungen nicht zurück. Die Frage aller Fragen nach der Erzielung eines baldigen Friedens stand gewissermaßen im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Parteitags. Hier von frabile alles aus, was das Verhalten der Reichstagsfraktion am 4. August 1914 und ihre weitere Haltung während des Krieges anbetraf. In der Hauptfrage stellte sich die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft nach einem glänzenden Referat unsres Kollegen Scheidemann auf den Boden eines Friedens der Verständigung und Versöhnung, und besondete dabei das Recht des deutschen Volkes auf eine ungehinderte Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte. Die von der Reichstagsfraktion bei Beginn und während des Krieges vertretene Politik billigte der Parteitag ausdrücklich und verpflichtete die Fraktion, wie bisher, so auch fernerhin ihre Stellungnahme zur Bewilligung von Krediten davon abhängig zu

machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.

Die nächsten Aufgaben der Partei wurden von vier grundlegenden Referaten von Landsberg über die Demokratisierung, von Siel über die Steuererhebung, von Gunow über die Wirtschaftspolitik und von Wissell über die Sozialpolitik behandelt. Scheidemann beleuchtete sodann in einem Gesamtreferat in wirkungsvoller Weise die großen Aufgaben auf dem Gebiete der praktischen Arbeiterpolitik und eröffnete darin die Aussicht, daß die Sozialdemokratie im Begriffe steht, sich durch praktische Betätigung einen entscheidenden Einfluß auf Staat und Regierung zu erringen und einen wesentlichen Teil ihrer Forderungen zu verwirklichen. „Wir haben lange genug die wirtschaftliche Entwicklung studiert“ — so führte Scheidemann u. a. aus — „um zu wissen, wer nicht freiwillig mitgeht, den sieht sie an den Ohren mit. Was werden die ewig Konstruktiven von rechts und links noch erfahren. In faktischer Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat.“

Nach solch vielverheißendem Ausblicke durfte natürlich die Förderung der Zukunftsarbeit der Gewerkschaften und ihrer Wirkungsmöglichkeiten nicht zu kurz kommen. Ihr bewährter Berater und Freund Adolf Braun (Münchberg) forderte dabei die streng geschlossene Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Gewerkschaftsbewegung im besonderen und ging auf die Gefahren der gegenwärtigen Kriegswirtschaft sowie auf die der kommenden Übergangswirtschaft und Demokratisierung wie folgt ein:

Infolge des Parteifreites wird einer so wichtigen Frage wie der der Demokratisierung nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Die ungeheure Ausdehnung der Frauenarbeit und die Vermehrung der Säuglingssterblichkeit zeigen uns die ganze Gefahr der gegenwärtigen Kriegswirtschaft. Balutfrage und Robstoffversorgung werden in der Übergangswirtschaft die größten Schwierigkeiten bieten, zumal wenn eine falsche Politik unsre an Nachmitteln reichen Gegner reizt. Haben wir einigermassen vernünftige Friedensunterhändler, dann müssen diese Fragen im Friedensvertrage geregelt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Hilfe des Staates für die arbeitslos werdenden. Die Gewerkschaften werden, auch wenn der Staat diese Aufgaben übernimmt, eine geradezu erdrückende Fülle von Aufgaben haben und im Kampfe gegen die Macht des konzentrierten Kapitals stören müssen. Deshalb ist es ein Verbrechen und eine außerordentliche Frevltat, jezt die Gewerkschaften sprengen zu wollen, wie man die politische Partei gesprengt hat. Die politische Bewegung zehrt sich viel leichter zusammenzuschließen als eine einmal gesprengte Gewerkschaft. Jede Spaltung der Gewerkschaftsbewegung würde den Unternehmern die größte Freude bereiten. Leider erscheint heute manchem der Kampf gegen den Gefährten Regieret viel wichtiger als der Kampf gegen Kirdorf. Demgegenüber haben wir zu sagen, daß, wer an die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiete rührt, das ungeheure alle denkbaren Verbrechen an der Arbeiterklasse begeht und das schlimmste Unglück über sie heraufbeschwört. Aber auch eine einheitslose Gewerkschaftsbewegung wird nach dem Krieg oft an ihre Grenzen stoßen und für die Durchsetzung einer ganzen Reihe sozialpolitischer Forderungen auf die Hilfe der Partei angewiesen sein.

Bei den die Gewerkschaften besonders interessierenden Fragen kam es darüber zu größeren Auseinandersetzungen, ob bei der Demobilisierung nur rein militärische oder wirtschaftliche Rücksichten walten dürfen. Wenig äußerte Bedenken gegen die unverzügliche Entlassung der Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß, weil er davon eine Verschärfung der Lohnkurzkatastrophen befürchtet. Ihm hielt Wissell beweiskräftig entgegen, daß der Seeresident keine sozialpolitische Schutzmaßnahme gegen Arbeitslosigkeit sei, und daß eher durch Mindestlohnbestimmungen ein Lohnschuß anzustreben sei. Das Fehlen umfassend ausgebauter Arbeitsnachweise, auf deren Notwendigkeit von den Gewerkschaften schon so oft, aber leider vergeblich, hingewiesen worden ist, kann sich unter Umständen beim Friedensschlusse schwer rächen. In seiner Meinung nach sind Bestimmungen über entretenden Lohnkurz infolge starken Angebots von Arbeitskräften durchaus nicht von der Hand zu weisen. Am allerwichtigsten in solchen Gewerben, die sich eines tarifrechtlichen Schutzes ihrer Arbeitsbedingungen nicht erfreuen. Hier bliebe die Schaffung von allgemein gültigen Schutzbestimmungen die einzige Möglichkeit. Dadurch und erforderlichenfalls durch die Inanspruchnahme der intakt gebliebenen Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften wäre unser selbstaugen Arbeitshilfen wenigstens die Sorge abgenommen, noch länger als dringend notwendig „des Königs Ruch“ fragen zu müssen. Die Sehnsucht nach dem goldenen Freiheitsstage der Entlassung muß man selbst kennen gelernt haben, um das richtig würdigen zu können. Auf alle Fälle müssen die berufenen Vertreter der Arbeiterklasse Gelegenheit bekommen, ihren Einfluß auf die Lösung der wichtigsten Frage der Demobilisation geltend zu machen. Daß der Würzburger Parteitag den Weg zu positiveren Maßnahmen auf diesem wie auf andern Gebieten durch seine im allgemeinen eingenommene vernunftgemäße Haltung nicht verramelte, verdient nicht geringe Anerkennung zu werden. In der Lebensmittellieferungsfrage, über die Robert Schmidt referierte, richtete der Parteitag gegen die Regierung, die ihre Wünsche zur Befriedigung der Hof der minderbemittelten Bevölkerung arg vernachlässigte, eine einzige große Anfrage. Er billigte die Forderungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften und Reichstagsfraktion

so gleich nach Kriegsausbruch und später wiederholt an die Regierung gerichtet haben, und verurteilte es auf das Stärkste, daß diese Forderungen der Arbeiterklasse nicht in dem Umfang und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangten, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgeperrten Deutschen Reiches gebot. Von sonst noch die Gewerkschaften näher berührenden Anträgen, die Annahme fanden, sei nur derjenige erwähnt, der die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Bildungsarbeit und bei der Zentralstelle für die arbeitende Jugend festlegte. Darin ersuchte der Parteitag den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Zentralbildungsausschuss eine Verständigung über die zukünftige Mitarbeit der Gewerkschaften im Zentralbildungsausschusse herbeizuführen.

In seiner Betrachtung der Würzburger Verhandlungen nannte das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ den Parteitag schon nach seinen Referaten und Debatten einen der glänzendsten in der Parteigeschichte. Dieser Eindruck werde aber noch übertriften durch die politische Wirkung, die dieser Parteitag auslösen müsse. In der Tat wird jeder Gewerkschafter, dem die Förderung des Volkswohls am Herzen liegt und der die Anbahnung einer freihellen Entwicklung und Ausgestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland als erstrebenswert betrachtet, von dem Verlaufe der Würzburger Tagung bestrickt sein, mag er nun zur sozialdemokratischen Partei in engerem Verhältnisse stehen oder nicht. Die in Würzburg in den Grundzügen festgelegte Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den hauptsächlichsten Fragen der heutigen Politik wird in ihrer folgerichtigsten Entwicklung auch auf die Gewerkschaftsbewegung günstig einwirken. Beide Teile stehen nun einmal in Wechselwirkung zueinander, auf welche nicht verzichtet werden kann, wenn die Arbeiterbewegung zu politischem oder wirtschaftlichem Einflusse gelangen soll.

Mit vollster Berechtigung wurde denn auch in der zur Einigungsfrage angenommenen Resolution betont, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitslichkeit möglich ist. Demgemäß steht es der Parteitag an nichts fehlen, was geeignet sein konnte, den Brudersplitz in den elanen Reihen, an dem nur die Gegner der Arbeiterklasse ihre Freude haben können, zu befehlen. Von dieser Notwendigkeit werden die Gewerkschaften nicht minder stark berührt, denn das unheilvolle Zerwürfnis in der politischen Partei kann auf die Gewerkschaftsbewegung leicht ebenso unheilvolle Rückwirkungen haben und sie an der Erfüllung dringender Aufgaben hindern. An Merkmalen dafür, daß von politischen Radikalismus verführt wird, den Spalt in die Gewerkschaften zu fragen, selbst es leider nicht, zumal in Leipzig, wo die „Volkszeitung“ als „Stapelbald für Geistesfeuer“ kräftig in die Klammern der Uneinigkeit und Zerstückelung hineindrückt. Wir verzeihen darauf, die losen Köpflinge der Dr. Herzfeld- und Genossen, der Spartakusgruppe und der Jogenannten Internationalen Sozialisten Deutschlands nach dieser Richtung hin unter die Lupe zu nehmen. Einmal geht uns der Raum dafür, und andererseits sind wir vom gesunden Urteilsvorstand unserer Kollegen zu überzeugt, als daß wir glauben könnten, die Zerstückelungsabsichten von Akademikern und andern Intellektuellen, denen jede gewerkschaftliche Ergründung fehlt, und denen persönlich nicht der geringste Nachteil aus einer Zerstückelung der Gewerkschaftsbewegung erwächst, würden in unsern Reihen an Boden gewinnen. Der Streit um die „Politik des 4. August“, der vorgebliche Ausgangspunkt der Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung, wird durch die sich tagtäglich immer neu aufdringenden Ergründungsfragen von selbst gelichtet werden. Wo jeder Friedensvorschlagesgleichgültig von wem er kommt, nur immer neue wahnwitzige Vernichtungskampfanlagen der Ententemächte im Gefolge hat, ist es zwecklos, die Notwendigkeit der Landesverteidigung bestenfalls theoretisch anzuerkennen, praktisch aber keinen Finger dafür zu rühren. Unter solchen Umständen hilft eben kein Mundspitzen mehr.

Mit ruhiger Sicherheit und Selbstverständlichkeit rechte fertigte der Würzburger Parteitag die vielmehrstritten Kriegspolitik der Partei, und Ruhe und Sicherheit zeichneten seine Beratungen und Beschlüsse über die zukünftige praktische Tagesarbeit der Partei aus. Mit dem „Korrespondenzblatt“ begrüßten auch wir das rühmlichste Beherrschnis des Parteitag zur praktischen Aktion auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik aufrichtig im Interesse der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften.

Vor welchen gewaltigen Aufgaben die Gewerkschaften nach dem Kriege stehen werden, dafür bietet eine Tagung deutscher Arbeitergewerkschaften einen gewissen Vorgeschmack. Gleichgültig mit dem sozialdemokratischen Parteitag traten in Nürnberg die Geschäftsführer der deutschen Arbeitergewerkschaften unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu einer Tagung zusammen. Ein kritischer Bericht in der „Deutschen Arbeitervereinerung“ läßt nur notdürftig erkennen, womit sich die gerissenen Ratgeber der Unternehmer beschäftigten. Ihre Hauptfrage ist schon seit geraumer Zeit darauf gerichtet, wie man am besten die Löhne nach dem Kriege herunterdrücken kann. Bereits vor einigen Monaten hat die Vereinigung deutscher Arbeitergewerkschaften den Versuch gemacht, in einer Eingabe an das Kriegsamt dieses für die Frage der Lohnkurz zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Verantwortlichkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen einräumen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Zurückhaltung der Lohnkurz behilflich sein. Ein greifbares Ergebnis dieser Eingabe hat sich glücklicherweise noch nicht gezeigt, aber die Bestrebungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestell

worden. Auf der Nürnberger Tagung hat man sich erneut mit dem Lohnabbau beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine spätere Abhilfe beschlossen. Es soll eine Lohnstatistik aufgenommen werden und im übrigen ein Ausbau der Unternehmerarbeitsnachweise erfolgen. Auf keinen Fall sollen die letzteren bei einer von den Gewerkschaften geforderten geordneten Regelung der Arbeitsvermittlung geopfert werden. Gegen die Aufnahme einer Statistik über die Arbeiterlöhne wäre an sich nichts einzuwenden, wenn nicht zu befürchten stände, daß dabei eine tendenziöse Auspielung einzelner Arbeitergruppen, die während der Kriegszeit besondere Lohnforderungen durchzusetzen imstande waren, stattfindet gegenüber der Gesamtarbeiterzahl. Im Mittelpunkt der Nürnberger Tagung steht das Referat des Syndikus Dr. Länger über die Zukunftsaufgaben der Unternehmerverbände gestanden zu haben, wobei dieser einen Gegensatz herausstellte zwischen der politischen Demokratie und dem Staatssozialismus und andererseits zwischen dem Staatssozialismus und dem Beschmannschen Programm: Freie Bahn dem Tüchtigen. Dieses Wort wurde als Hauptleitwort benutzt, um jede Monopolforderung zu bekämpfen. In dieser Bekämpfung gehen anscheinend alle Unternehmer Hand in Hand. Der Kriegsausschuss der deutschen Industrie, der unlängst seine Forderungen für die Übergangswirtschaft formuliert, haute in die gleiche Kerbe und unterstellte im übrigen den Gewerkschaften, daß sie die Forderung der sofortigen Entlassung der Kriegsteilnehmer bei Friedensschluß nur deshalb erhoben, um die staatliche Arbeitslosenunterstützung durchzudrücken.

Für heute mögen diese Andeutungen genügen. Sedenfalls geht daraus hervor, daß die Unternehmerverbände nach dem Kriege die alten Pläne weiter zu wandeln gedenken und zu großen Kämpfen auf wirtschaftlichem Gebiete rufen. Im voraus schon einschuldigen sie ihre Kampfpläne mit den angeblichen sozialen „Überforderungen“ der Gewerkschaften. Nicht alle Unternehmergruppen werden zwar wie die vom Geiste der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beeinflussten Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände einer Verständigung mit der Arbeiterschaft ablehnend gegenüberstehen, aber der übrigbleibende Teil der Wegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist wahrlich noch groß und stark genug, um nach dem Kriege die folgenschweren Kämpfe mit der Arbeiterschaft heraufzubeschwören. Da besteht Grund genug, den Arbeitern das feste Zusammenhalten und die straffe Einheitslichkeit in allen Aktionen ans Herz zu legen.

Glücklicherweise begreifen auch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen immer mehr, daß ein enges Zusammenwirken im wirtschaftspolitischen Kampfe der Arbeiterschaft eine durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit ist. Dafür bildete der christlich-nationale Arbeiterkongress einen Beweis, der in den letzten Oktobertagen in Berlin zusammentrat. In einem dieser Tagung gewidmeten „Wachstumsreaktion“ überbrachten die Artikel des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ dies u. a.: „Der jetzigen Regierung, die mit viel gutem Willen leider noch viel mehr politischen Dilettantismus verbindet, ist es gelungen, eine der wichtigsten staatspolitischen Ergründungen dieses Krieges, nämlich die Annäherung der Mehrheit der Sozialdemokratie an den Staat, aufs höchste zu gefährden. Das muß die gesamte politisch weitblickende Arbeiterschaft aufschrecken und wachrufen! Nur die allerentschiedenste parteipolitische Erwägung kann über eine solche Wendung der Dinge Freude empfinden. Wir müssen weiterkämpfen! Für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung ist die Annäherung von Sozialdemokratie und Staat von größter Bedeutung. Wie stellt man sich ohne dieselbe die von uns doch stets erstrebte Eingliederung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in die bestehende Ordnung vor? Überleben wir aber auch weiter nicht, daß mit dieser Ergründung zugleich weitere von aktuellstem Interesse aufs Spiel gesetzt sind. Man braucht doch nur die Ohren aufzumachen, um allenthalben beispielsweise das Geöse der Agitation gegen eine grundlegende Änderung des preußischen Wahlrechtes zu hören, auf der die gesamte deutsche Arbeiterschaft bestehen muß, wenn ihr die Zukunft lieb ist.“ An einer andern Stelle des bemerkenswerten Artikels wurde mit Bezug auf die mit größter Einheitslichkeit zu fordernden demokratischen Reformen in nicht minder deutlicher Sprache gesagt, daß sich die Arbeiter nicht beirren lassen sollten; die Entwicklung auf diesem Gebiete entschlossen selbst in die Hand zu nehmen und sie zu beeinflussen zu suchen. Die Durchführung demokratischer Reformen schwäche die militärische Schlagkraft Deutschlands nicht. Man Stärke sie eher, wenn man das ganze Volk am Gange der öffentlichen Dinge interessiert. Ohne die Wachsamkeit des Reichstags würden der Arbeiterschaft sehr bald die letzten Reste ihrer Rechte aus der Hand gewunden sein, deshalb gelte es, sich nicht beirren zu lassen durch jene, die gegen die Volksvertretung mobil machen.

Nach dieser schmökerrnden Fanfare des „Zentralblattes“ mußte man dem Verlaufe des Kongresses selbst mit Interesse entgegensehen. Wenn auch etwas Wasser in den Wein getan wurde, so ist doch nach unserer Überzeugung und gemessen an der Art der Kritik der „Deutschen Arbeitervereinerung“ auf jenem Kongress ebensolch für die deutsche Arbeiterklasse gewirkt worden. Etwa 400 männliche und weibliche Delegierte von christlichen Gewerksvereinen, konfessionellen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen, Angestellten- und Beamtenorganisationen, Genossenschaften und andern sozialen Vereinigungen, mit insgesamt anderthalb Millionen Mitgliedern (einschließlich der im Felde stehenden) waren vertreten. Außerdem wohnten zahlreiche Vertreter der Regierung und Abgeordnete von Reichstagsfraktionen den Verhandlungen bei, die sich auf die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Streitfragen der Gegenwart er

Kreften. Von den Begrüßungsansprachen verdient die Rede des Staatssekretärs des neuen Reichswirtschaftsamt Dr. Schwander hervorgehoben zu werden, der namens des Reichskanzlers warmherzige Worte an den Kongress richtete. Wenn wir auf sozialpolitischem Gebiet auch schon glückliche Einrichtungen aufzuweisen hätten, so dürften zu deren Fortleitung auch fernerhin keine Anstrengungen gescheit werden. Er könne erklären, daß dies auch die Meinung des Reichshandlers sei. Der Vorwurf, daß unter Fortschritt auf sozialem Gebiete sich in einem zu raschen Tempo bewege, könne nach diesem Kriege doch wirklich nicht mehr erhoben werden. Es sei heute ernstlich zu prüfen, wie es möglich sein wird, das Arbeiterrecht frei von unnötigen Hemmungen auszugestalten, dem Arbeiter und dem Angestellten die Mitwirkung und Vertretung im Staatsleben zu kommen zu lassen, wie sie andre Berufsstände bereits besitzen und die gesetzlichen Grundlagen ihrer Berufs- und Organisationsarbeit den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Diese Prüfung müsse sich gründen auf der Überzeugung von dem Werte der Mitarbeit der Berufsverbände aller Art, wie man ihn während des Krieges hoch einzuschätzen gelernt habe; oder nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für den kommenden Wiederaufbau und die Friedenszeit.

Generalsekretär Stegerwald, dessen Berufung ins preußische Herrenhaus während der Tagung bekannt wurde, ließ als erster Referent keinen Zweifel aufkommen darüber, daß auch die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen eintreten würden für die dringlich gewordene Reform der Arbeiterrechtsverhältnisse, für die unbedingte Abweisung der grobkapitalistischen Schamacherei, für die Beseitigung des preußischen Dreiklassenparlamentes und für die Bekämpfung der alldeutschen Gewaltspolitik gegenüber andern Völkern. Aus der großen Zahl der sonstigen Referate über zeitgemäße Forderungen der christlich-nationalen Arbeiter, die sich so ziemlich decken mit den von freigewerkschaftlicher Seite aufgestellten, kann hier nur wenig herausgegriffen werden. Soos (M. Gladbach), der über „Unsre Bewegung und die Lebensfragen für Volk und Reich“ sprach, forderte die Beseitigung aller Vorrechte für Reichtum und Besitz. Die Gleichheit im Staate müsse sich gründen auf Vertrauen zum deutschen Volke. Koch (Eberfeld) verlangte u. a. Maßnahmen für die Übergangswirtschaft, durch welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gewahrt werden, besonders eine Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Beiräte des Reichskommissars für Übergangswirtschaft, geregelte Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln, Erlass eines Arbeitskammergesetzes. Vor allem müsse das Koalitionsrecht von allen hemmenden Fesseln befreit werden. Der § 153 der Gewerbeordnung müsse aufgehoben und die Koalitionsfreiheit durch strafrechtliche Bestimmungen geschützt werden. Becker (Berlin) referierte über die Kohlen- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter. Er übte darin scharfe Kritik an den unzureichenden bisherigen Maßnahmen und verurteilte mit großer Entschiedenheit die Preistreiber und den Lebensmittelwucher. Diesem Treiben gewisser Interessentenkreise, unter dem Arbeiter und Mittelstand schwer leiden, dürfe die Regierung nicht länger zusehen. Bei der Behandlung der Lohn- und Gehaltsfragen trat Weber (Duisburg) der Ansicht entgegen, als ob die Bezahlung der Arbeiter im Vergleich zu fesseln sei mit den Einnahmen der Kriegsgewinnler. Sehn Mark Lohn hätten jetzt nicht mehr Kaufkraft als vier Mark vor dem Kriege. Die Behörden und Kommandokassen nähmen einseitig Stellung zugunsten der Unternehmer, obwohl das Kapital häufig in Händen von Ausländern sei; also zugunsten von englischen, französischen und belgischen Kapitalisten würden deutsche Arbeiter enteignet. Arbeitseinstellungen, wie sie in Oberhessen vorgekommen seien, beruhten lediglich auf Unzuliebe mit den Lohn- und Nahrungsmittelverhältnissen. Arbeitseinstellungen aus politischen Gründen lebte die christlich-nationale Arbeiterklasse ebenso entschlossen ab wie politische Putsch. Einen Höhepunkt der Tagung bildeten die Ausführungen des ehemaligen Staatsministers Grafen v. Poladowitsch über Wohnungsfrage und Siedelungspolitik. Die Wohnungsfrage sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine eminent politische Frage. Sollte sich ein Aufstiege der Arbeiterklassen vollziehen, so müsse man den Arbeitern auch angemessene Wohnungen sichern. Die Errichtung von Wohnsängern sei notwendig. An Stelle kostspieliger Schmuckplätze sollten Kindererziehungsanstalten angelegt werden. Kinderreiche Familien müßten ein anständiges, gebildetes Unterkommen finden können. Nach dem Kriege werde Wohnungsnot eintreten, und Arbeitermangel in der Industrie sei zu erwarten, da die ausländischen Arbeiter zum größten Teil ausbleiben würden. Die Bauwirtschaft habe vollkommen geruht. Eine gewisse Einschränkung der Freizügigkeit werde nicht zu umgehen sein. Bei vernünftiger Siedelungspolitik sei Deutschland imstande, seinen gesamten Bedarf an Getreide und Vieh selbst zu erzeugen.

Im Anschluß an alle Referate fanden nach lebhafter Diskussion die markantesten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse ihren Niederschlag in einstimmig angenommenen Resolutionen, in denen verlangt wurden: Wiederherstellung der während des Krieges außer Kraft gesetzten Arbeiterchutzbestimmungen, einschleibende Verbesserung der Arbeiterchutzgesetzgebung gleich nach dem Kriege, insbesondere Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter, praktische Heimarbeiterschutzgesetzgebung, Verbesserung der Versicherungsgesetzgebung, hier insbesondere Erhöhung der Krankens-, Unfall-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, Erhöhung und Anpassung des Lohnes und der Gehälter an die Kosten der Lebenshaltung, also nicht eher Lohn- und Gehaltskürzungen, bevor die Lebensmittelpreise entsprechend herabgegangen sind, Einführung von Arbeitskammern mit Einigungsämtern,

Verbot der kapitalistischen Zwangsarbeitsnachweise, partielle Arbeitsnachweise mit einer Reichszentrale, Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei der Festlegung des Arbeitsvertrags, modernes Staatsarbeiterrecht, Sicherung und energische Durchführung der Volksernährung, rücksichtsloser Kampf gegen Preistreiber und Artzwecher, Beibehaltung der öffentlichen Lebensmittelversorgung während der Übergangszeit, systematische Förderung der gemeinwirtschaftlichen Lebensmittelherzeugung, Reform des Landarbeitersrechts und der Gefindeordnungen, soziale Tarifpolitik, Verorgung der Bevölkerung mit dem nötigen Brennholz und mit Kohlen, gemeinnützige Reformen des Wohnungswesens seitens Reich, Staat und Gemeinden.

Was an dem diesmaligen christlich-nationalen Arbeiterkongress besonders auffiel, war die Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit, mit der von Referenten und Diskussionsrednern für die lebensnotwendigen Forderungen der unteren Volksschichten eingetreten wurde. Die anwesenden Vertreter der Staats- und Militärbehörden sowie der Reichstagsfraktionen erhielten dadurch ein ungemühtes Bild von dem, was das Volk, speziell die Arbeiterklasse, bewegt. Ausfälle auf die übrigen Generalkonferenzen unterblieben klageweise, denn die Mäße der einen sind so schwer wie die der andern. Man kann sonach vom freigewerkschaftlichen Standpunkt aus mit dem Verlaufe des Kongresses durchaus zufrieden sein. Um so begreiflicher ist es, daß die „Deutsche Arbeiterzeitung“ außerordentlich schlecht auf die Tagung zu sprechen ist. Schon der Name „Deutscher Arbeiterkongress“ erscheint ihr plötzlich als eine Annäherung, da diese Generalkonferenzen doch nur einen recht kleinen Teil der deutschen Arbeiter vertreten. Außerdem sind sie dem Unternehmerrgan demokratischer Bestrebungen hinreichend verdächtig, dafür wird der Artikel des „Genralblattes“ als Beweis herangezogen. Dazu kommen noch die sozialpolitischen Forderungen der christlichen Generalkonferenzen. Das alles genügt dem Unternehmerrgan, um sein Urteil dahin zu fällen, daß der Berliner Deutsche Arbeiterkongress nicht viel besser sei als der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg: „Es ist überall das gleiche; die Würzburger Tagung hat es erkennen lassen und bei jedem andern Anlaß tritt es zutage: restlose Demokratisierung, Vorrückung des Proletariats, Entziehung der übrigen Volksschichten, das will man durchsetzen, und man wird es durchsetzen, wenn nicht beseitigt eine kräftige Regierung und der Widerstand der übrigen auf Recht und Ordnung bedachten Parteien diesen gefährlichen Untrieben einen festen Damm entgegenstellt.“ Die christlichen Generalkonferenzen haben sich also die Unannehmlichkeit der Schamacher in hohem Maße zugezogen; sie sind, wie der Zeitspiger zu sagen pflegt, „mit im Anzuge“. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß der richtige Weg zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen beschritten worden ist, dann wird dieser Beweis erbracht durch das Geschehen der Deutschen Arbeiterzeitung. Freuen wir uns dieses Fortschritts aufrichtig!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Köln 1. u. 2. Am 2. November berichtete unser Gehilfenvertreter König (Halle a. S.) in einer gutbesuchten Versammlung des Ortsvereins über die Tarifausgleichsfrage. Er gab in großen Zügen ein anschauliches Bild von den Verhandlungen und schilderte eingehend die Schwierigkeiten, die diesmal zu überwinden waren, um die Feuererzeugnisse für die Gehilfen auf eine annehmbare Höhe zu bringen. In der Ausprache über den Vortrag wurde allgemeine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß die Zulagen diesmal gleichmäßig auf alle Löhne zu gewöhren sind. Auch deren Höhe fand Anerkennung; daß die Zulagen aber erst zum 1. Dezember erstmalig zahlbar seien, begegnete alleseitigem Widerspruch, da angesichts der enorm verteuerten Lebenshaltung eine sofortige Erhöhung der Zulagen notwendig gewesen sei. Ebenso wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei weiterer Verteerung der Lebenshaltung auch ein weiterer Ausgleich geschaffen werden müsse. Bemängelt wurde noch die zu geringe Entschädigung für die Überstunden, eine Anrechnung der Feuererzeugnisse auf den Lohn wäre richtiger gewesen. Im übrigen wurde den Gehilfenvertretern Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Quedlinburg. In der gutbesuchten Versammlung des Ortsvereins am 3. November erstattete Vorsitzender Wagner Bericht über die Bezirksleiterkonferenz des Gaues An der Saale in Halle. Seinen Ausführungen über das Ergebnis der Verhandlungen des Tarifausgleichs war begrifflicherweise die größte Aufmerksamkeit der Kollegen gewidmet. In der Ausprache wurde allgemein anerkannt, daß unsre Vertreter trotz guter Willens wohl nicht mehr hätten herausholen können. Die Quedlinburger Kollegen aber seien infolge des zu niedrigen Lokalzuschlags im Nachteil. Auch das Hinschieben des Inzakkontens der erhöhten Zulagen wurde kritisiert, zumal das Bewilligte nur das Notwendige sei, das man bei der jetzigen Feuererzeugung verlangen müsse. Mit Bewilligung von Unterstützungen an die Familien der Eingezogenen und Zuführung zur anderweitigen Regelung des Unterstützungswesens im Gau und der damit verbundenen Beitragsverhöhung fand die Versammlung ihren Abschluß.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

„Anwendung der Beschlüsse des Tarifauschusses vom 24. Oktober 1917.“ So lautet der Titel der jetzt im Druck vorliegenden tarifamtlichen Erklärungen

der letzten Tarifausgleichsbeschlüsse. Hier gedrängt volle Quartseiten waren dazu nötig. Schon dieser Umfang allein wäre einer anfänglich geplanten Veröffentlichung in den Organen der Tarifgemeinschaft hindernd in den Weg getreten, ganz abgesehen davon, daß bei der nunmehr erfolgten besonderen Drucklegung von vornherein auf eine größere Übersichtlichkeit und handlichere Brauchbarkeit hat Bedacht genommen werden können. Jede Unklarheit über die Anwendung der neuen Beschlüsse und die dadurch herbeigeführten Kriegsausschläge auf verschiedene tarifliche Bestimmungen wird an Hand der sachkundigen Erklärungen des Tarifamts beseitigt, und man kann nur bringen wünschen, daß sich möglichst jeder Kollege in den Besitz eines Exemplars setzt. (Preis 20 Pf.) Zu beziehen vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Nachahmendes Beispiel. Die Firma P. A. Panahirsch in Bismarckhütte (O.-Schl.) zahlte an ihre Gehilfen eine Ertragsenergieszulage von 20 Mk., an die Beibringe und Hilfsarbeiter eine solche von 10 Mk.

Ein Lebensmittelwucherer. Hans v. Gärtner nannte sich ein Schwindler, welcher dieser Tage einer Chemnitzer Druckerei einen Besuch abgestattet hat. In diesem Falle gelang es ihm, einigen Kollegen Geldbeträge abzumuscheln mit dem Versprechen, ihnen Lebensmittel verschaffen zu wollen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Schwindler auch anderwärts auftauchen wird, werden die Kollegen dringend vor ihm gewarnt. Er trägt selbige Uniform mit Gelfreienknöpfen, ist etwa 1,70 m groß, hat wenig Bart, blühende Gesichtsfarbe, dunkelblondes Haar nach hinten geschleift. Er gibt an, fremdsprachlicher Seher zu sein. Wahrnehmungen wolle man der Chemnitzer Kriminalpolizei mitteilen.

Adolf Wagner und die Kriegerheimstätten. Das letzte Wort, das der kürzlich verstorbene Professor Adolf Wagner dem deutschen Volke gesagt hat, ist ein Aufruf für die Sache der Kriegerheimstätten und Bodenreform. Es bildet gleichsam das sozialpolitische Vermächtnis des großen Volkswirtschaftlers. Der getreue Schüler unseres Volkes mahnte: „Den ersten Schritt zu einer organischen Reform wollen die bodenreformerschen Bestrebungen zur Schaffung von Heimstätten für unsre heimbleibenden Krieger und deren verorgungsberechtigte Hinterbliebenen tun. Werden diese Bestrebungen in Gesehform übergeführt, dann ist in der Tat ein Werk geschaffen, das geeignet ist, einen körperlich und sittlich gesunden Volkswachstums zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Grägenisse des heimischen Bodens zu heilern! Wir müssen zu einem neuen „deutschen Frieden“ kommen, der hoffentlich ein besserer sein wird als der, der bisher auf der Erde geerrichtet hat, und in dem zuletzt auch die wahren Interessen der andern vertreten sein werden.“ Das i kann über die Wahrheit werden ohne letzte ethische Grundzüge, auch im Wirtschaftsleben, wie sie die Bodenreform zur Geltung bringen will! An ihr muß deshalb helfen, wer eine Mitverantwortung für unsres Volkes Zukunft fühlt!“ Viele loben heute Adolf Wagner mit bequemen Worten, ohne den festen Willen zu haben, seine geistigen Erben in der Tat und Wahrheit zu werden.

Ami zur Bekämpfung des Schleichhandels. Das sächsische Ministerium des Innern erließ dieser Tage eine Verordnung über ein am 10. November in Tätigkeit getretenes Schleichhandelsamt, das als Vollzugsabteilung dem bereits bestehenden Kriegswucheramt angegliedert wurde und seinen Sitz in Dresden, Amalienstraße 13, hat. Dieser Vollzugsabteilung liegt es ob, in Ergänzung der bisherigen Tätigkeit des Kriegswucheramts dem Schleichhandel und dem Kriegswucher auf jede Weise nachzugehen und für Verfolgung aller zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle zu sorgen, auch den Sachverhalt soweit wie möglich aufzuklären. Zu diesem Zweck hat sie die unteren Verwaltungsbehörden und die Gendarmerie zur Verfolgung des Schleichhandels und Kriegswuchers nach gleichmäßigen Grundsätzen anzuregen und sie darin durch Entsendung von Hilfsbeamten und Sachverständigen, auch ohne Antrag, zu unterstützen. Zur Vornahme von Erörterungen werden der Vollzugsabteilung Hilfsbeamte zur Verfügung gestellt, die mit Ausweisen über ihre amtliche Befugnis zu versehen sind. Die Hilfsbeamten haben in erster Linie auf Anweisung der Vollzugsabteilung oder auf Ersuchen der Ortspolizeibehörden einzuschreiten, sie sind aber auch in den zu ihrer Zuständigkeit gehörigen Sachen, soweit es sich um Verfolgung von Vergehen handelt, mit denen die örtlichen Polizeiorgane noch nicht befaßt sind, zu selbständigem Vorgehen befugt und verpflichtet. Daß das in der Lebensmittelversorgung sehr schlecht dastehende Königreich Sachsen der Bekämpfung des Schleichhandels, durch den große Mengen Lebensmittel zum Schaden der Verbraucher dem offenen Markt entgegen, besondere Aufmerksamkeit zuwenden, ist ohne weiteres verständlich und zu begrüßen. Ein Erfolg in der Bekämpfung des Schleichhandels wird allerdings nur zu verzeichnen sein, wenn mit der nötigen Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Daran hapert es leider im gemüthlichen Sachsen ebenso sehr wie in andern Bundesstaaten.

Briefkasten.

A. Sch. in Br.: Bei gebotener Zurückhaltung wird es wieder heraus gehen. — B. 21. Schl.: Erhöhen baldige Erteilung aus diesen trübseligen Verhältnissen. — C.: Schon wieder? Die Hauptsache ist aber ein guter Lauch und die weitere, daß es dem Frieden nun möglich entgegengeht. — D. Sch. aus Elm: Wenn wir auch nicht die Pflicht haben, uns in den Streit zu mischen, so war uns das gesunde Material doch willkommen. Wenn Dank dafür und jed. Grub. — E. P. aus W.: Brief folgt. Antworten Dank und Grub. — F. G. im Felde: Die Zeit noch nicht wieder zurück.

gekommen. Soll ich reklamieren? Grub! — M. 100: 2,25 Mk. — G. B. in Sig.: 2,60 Mk. — G. A. in Adg.: 3,95 Mk. — G. G. in Meibard: 1,85 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsiploß 511.
Vernspracher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Wilklingen (Saar). Vorhender: Ernst Sasse, Gartenstraße 7 p. links.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):
Im Gau Frankfurt-Ressen 1. der Seher Emil Schamber, geb. in Milingen 1899, ausgel. dal. 1917; 2. der Messingblechbearbeiter Fritz Wilhelm, geb. in Leipzig-Bolsmarsdorf 1886, ausgel. dal. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — C. Neus in Frankfurt a. M., Altes heiligenstraße 51 III.
Im Gau Mecklenburg-Rück der Seher Wilhelm Kowald f. geb. in Freiheit b. Oderde a. S. 1898, ausgel. in Oderde 1916; war noch nicht Mitglied. — L. Dainke in Scherwin i. M., Roflocher Straße 19.
Im Gau Rheinlands-Westfalens die Seher 1. Rudolf Bergmann, geb. in Rabenowald 1876, ausgel. dal. 1894; 2. Karl Hubert Schwindl, geb. in Koblenz-Rühl 1876, ausgel. in Koblenz

1894; 3. der Drucker Hermann Schanz, geb. in Aln 1891, ausgel. dal. 1909; waren schon Mitglieder; die Seher 4. Richard Behrens, geb. in Giffrow (Mecklenburg) 1894, ausgel. dal. 1912; 5. Joseph Ludwig, geb. in Tüllen 1897, ausgel. in Briton 1915; die Drucker 6. Heinrich Hoffmann, geb. in Ursberg 1895, ausgel. dal. 1915; 7. Wilhelm Kämpmann, geb. in Ursberg 1895, ausgel. dal. 1913; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 26.

Verammlungskalender.

Neisse. Bezirksversammlung Sonntag, den 25. November, nachmittags 2 Uhr, in der „Deutschen Kaiserhalle“ in Brieg.
Zwickau. Maschinenbezirksversammlung Sonntag, den 18. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Goldenen Becher“, Zwickau, äußere Leipziger Straße.

Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen

Freitag, den 23. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Zeiger Straße 32:

Verammlung

Tagesordnung: 1. Vereinskassensachen, 2. Beschlußfassung betreffs Erhebung einer Gratifikation, 3. Bewilligung einer Gratifikation für die Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Kollegen.
Der Vorstand: Karl Engelbrecht.

Wichtig! Für jeden Druckereibetrieb! Unentbehrlich!

Ein praktisches, handliches Papierbuch

zur monatlichen Verbrauchsrechnung an die Kreiswirtschaftsstelle in Verbindung mit dem neuen bedeutend verbesserten Papierbuch (etwa 250 Seiten) mit halbjährlicher Übersicht, 2. Auflage, ist im Druck.
Erscheint im Verlage von J. G. Steinhilber in Bad Nauheim (Herausgeber Paul Steinhilber, Geschäftsführer.)
Preis 5 Mk. franko bei Voreinzahlung. Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 3000.
Bestellungen bis 20. November 1917.

**Maschinenmeister, Typograph- und Monotypsetzer
Akzidenzsetzer, Werksetzer**

Jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandtletter, Leipzig.

Tüchtige, selbständige

Maschinenmeister

(auch Kriegsbeschäftigte) sofort gesucht. Oskar Reiner, Leipzig, Königstraße 26 B. [122]

Maschinenmeister

sucht G. Grumbach, Leipzig, Querstraße 14. [297]

Tüchtiger Maschinenmeister

für Akzidenz (auch Kriegsbeschäftigte) in dauernde Stellung sofort gesucht. Wilhelm Fugmann, Leipzig, Comeniusstraße 17. [410]

Für unsern umfangreichen Betrieb suchen wir sofort oder für später einen

ersten Maschinenmeister

Bewerber müssen möglichst Erfahrung mit Vorarbeiten und Anlegeapparat besitzen und dem Personal vorsetzen können. Angebote mit Lohnforderung und Zeugnisabschriften erbeten an die Schließische Druckereigenossenschaft, Dresden II. [409]

Schriftsetzer

(Kriegsbeschäftigte bevorzugt) wird gesucht von Paul Klepsch & Sohn, Bischofswerda (Sa.).

Tüchtige Schriftsetzer

sucht dringend „Generalanzeiger“, Ernst Marks, Mülheim (Ruhr). [391]

**Bunt- und Bilderdrucker
Werk- und Akzidenzsetzer
und -drucker**

zu baldigem Eintritt gesucht. Druckerzeitschrifts Verlag & Co., Hamburg 25. [401]

Maschinenmeister

für Illustrations-, Werk- und Plattendruck sowie tüchtige berechnende

Werksetzer

für sofort oder später gesucht. Hof-Buch- und -Steindruckerlei Dlesch & Brückner, Wetzlar. [374]

Tüchtiger Werkdrucker

findet bei uns Stellung. Pterersche Hofbuchdruckerlei, Altenburg (S.-M.). [152]

Schweizerdegen

für Satz, Druck und Papier schneiden gesucht. Akzidenzdruckerlei Schich, Wiberach-Alb (Württg.). [1415]

Werkstereotypen

findet bei uns dauernde Stellung. Pterersche Hofbuchdruckerlei, Altenburg (S.-M.). [332]

Maschinenlehrausbildung

Sonderlehre an Typographischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule Abteilung Graphische Fachschule — Barmen

Kriegsdrucksachen

Kriegsstellungen, Gefangenlagerstellungen, Fliegerzetteln usw. häufig [319]
Ingenieur Winkemüller, Bonn a. Rh.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Zuschlüsse durch die Kunstgewerbeschule Barmen.



Teilzahlung

Uhren und Schmucksachen, Photographen, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Väterland, Schmuck, Spielwaren und Bäder.

Kataloge umsonst u. portofreiliefere

Jonass & Co., Berlin A. 407, Reile-Allee-Str. 7-10.

Ich zahle 5 Mk. monatlich

und bestelle bei C. S. Otto & Co., Verlag, Berlin, Dichterstraße, Köpenickerplatz 4: [406]

1. Gustav Freytags sämtliche Werke. Neue wohlfeile Ausgabe. 16 Bände elegant gebunden für 80 Mk.

2. Julius Wolffs sämtliche Werke. Illustrierte Ausgabe. 18 Bände elegant gebunden für 72 Mk.

3. Nataly v. Schirffs sämtliche Romane. 20 Bände elegant gebunden für 100 Mk., illust. 120 Mk.

Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen. (Inserat bei Bestellung einlösend.)



H. MATHAEUS DESSAU, Flossergasse 46, Katalog gratis u. fr. [319]
Zellenmaß C. Frick, Mainz, Mainstraße 30.



bei technischen Schwierigkeiten finden Sie in dem Druckhandbuch 'Wiesollich zurichten?' Ein Leitfaden für Buchdrucker zum Aufbau der Zuchtling in allen Druckarten. 112 Seiten. Text mit 21 Abb. u. 20 Tafeln. Preis geb. M. 1.70 portofr. v. Verf. N. Ruch, Stuttgart, Ludwigstr. 20. Nachs. Bogenabnehmer fördert die Leistung und verhindert Unfälle an der Ziegelpresse. 80 Pf. portofr.

Königl. Sächs. Landes-Lotterie
Ziehung 1. Klasse 5. u. 6. Dez.

800000
500000
300000
200000
150000
100000

Lose 1/10 1/5 1/2 1/1
5.- 10.- 25.- 50.-

Versand auch ins Feld.
Martin Kaufmann,
Kgl. Sächs. Staats-Lott.-Einn.
Leipzig, Windmühlenstr. 45

KÖNIGL. SÄCHS. LANDESLOTTERIE
Die volle Hälfte Kleine Loszahl Auszahlung sofort

800 000
500 000

Anfang: 1. Kl. 3. u. 6. Dezember 1/10 1/5 1/2 1/1

M. 5. 10. 25. 50. Vollose z. amt. Preis. Versand gegen Vorzahlung (auch ins Feld) od. Nachnahme.

Max Borschel Leipzig 341 Nikolaistr. 4. Königl. Staats-Lotterie-Einnahme.

Am 24. Oktober fiel unser lieber Kollege, der Galvanoplastiker [403]

Paul Müller
aus Gannsdorf.
Wir verlieren in ihm einen alten, lieben Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Die Verbandsmitglieder der Spamerischen Buchdruckerlei, Leipzig.

Am 24. Oktober erlitt unser lieber Kollege und langjähriger Vorhender, der Seher [404]

Robert Winkische
den Selbentod.
Wir verlieren in dem Gefallenen einen aufopfernden, für uns stets das Beste wühlenden braven und tüchtigen Kollegen. Ein freies Andenken wird ihm stets bewahren
Der Ortsverein Obden.

Übermals hat uns der Krieg einen Kollegen entzogen. Am 28. Oktober fiel unser liebes Mitglied [407]

Christian Bachmeier
Auch diesem Kollegen wollen wir ein ehrendes Andenken bewahren.
Mitgliedschaft Erlangen. Gefangenenverein „Typographia“.

Den Kollegen hierdurch die traurige Nachricht, daß mein Bruder, der Seher [412]

Johannes Kühn
Interessierter in einem Inf.-Reg. Inhaber von vier deutschen Kriegsauszeichnungen
früher in Bonn, Würzburg, zuletzt in Leipzig in Kondition, betätigt mehr als drei Jahre an schweren Kämpfen, gefallen in Leipzig, B. o. 14. November 1917. Eisenbahnstraße 97 I r.
Dies zeigt nur hierdurch an
Ewald Kühn.

Im August fiel wiederum ein lieber Kollege, der Schriftsetzer [412]

Johannes Ollé
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm stets
Die Kollegen des Ortsvereins Wittenberg.

In dem Blikerringen fiel unser treuer Kollege, der Seher [413]

August Adami
aus Meibard.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Meibard.

In diesem Weltkriegsfeiern wiederum zwei brave Kollegen: die Monotypsetzer [411]

Eduard Evers
aus Bordesheim (Köln) und
Hugo Wurm
aus Neziges (Westfalen).
Ferner verlor nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Typographsetzer
Heinrich Römer
aus Seide (Köln).
Ein ehrendes Andenken bewahrt auch diesen Kollegen
Der Norddeutsche Maschinenlehreverein (Eig. Bamberg).

Am 14. November verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [414]

Paul Thieme
Wir werden den Verstorbenen, der uns ein braver, lebenswüthiger Kollege war, immer in Ehren halten.
Die Kollegen der Firma Philipp Reclam jun., Leipzig.

Am 8. November verstarb unser lieber Kollege, der Seherstereotypen [405]

Eugen Spieth
aus Zell bei Gillingen, im Alter von 29 Jahren.
Durch seinen aufrichtigen Charakter und ruhiges Wesen war er überall beliebt.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm die Vereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker, Gau Württemberg, Stuttgart.